

1 **K1 – Kommunalwahlpapier**

2

3 **Antragssteller: Landesvorstand**

4

5 **Innovativ, nachhaltig, vielfältig und offen für alle Lebensstile– die**
6 **Kommune der Zukunft.**

7

8 **Grundsätze junggrüner Kommunalpolitik.**

9

10 Junge Menschen für die Kommunalpolitik zu interessieren, sie dazu zu bringen, sich
11 zum Wohle ihrer Gemeinde zu engagieren, sie zu ermutigen, auch gegen
12 Widerstände für Nachhaltigkeit und Weltoffenheit zu kämpfen – das sind die
13 Kernanliegen der jungen Kommunalpolitik, wie die GRÜNE JUGEND Baden-
14 Württemberg sie versteht.

15

16 „Global denken – lokal handeln“ ist der Leitgedanke der Grünen Bewegung, der
17 auch für unsere Politikvorstellungen maßgeblich ist. Die Auseinandersetzung um die
18 optimale Lösung vor Ort, der Wettstreit von Ideen und Gedanken machen die
19 Kommunalpolitik vielfältig und spannend. Diese Vielfalt wollen wir sichern und
20 erhalten – die Subsidiarität ist dabei ein zentraler Wert.

21

22 Schließlich haben wir den Anspruch, Politik so zu konzipieren, anzupacken und
23 umzusetzen, dass sie Freude bereitet. Nur so bringen wir junge Leute zu einem
24 dauerhaften Engagement und machen Politikverdrossenheit in Baden-Württemberg
25 zu einem Fremdwort.

26

27 Die baden-württembergischen Kommunen bieten meist eine hohe Wohn- und
28 Lebensqualität. Belange von Kindern und Jugendlichen werden aber vielfach nicht
29 angemessen berücksichtigt. Entscheidungen werden oft über ihre Köpfe hinweg
30 getroffen, Jugendliche können keinen Einfluss auf sie nehmen. Daher ist es wichtig,
31 dass die Betroffenen selbst zu Wort melden und aktiv werden.

32

33 **Auf den Anfang kommt es an – Betreuung und Förderung sicherstellen!**

34

35 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in Baden-Württemberg nur sehr schwer
36 möglich. Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Familien mit
37 Migrationshintergrund haben weitaus weniger Chancen, einen angemessenen
38 Bildungsabschluss zu machen.

39

40 Eine flächendeckende, erschwingliche und integrative Kinderbetreuung ist
41 Kernelement der Kommune der Zukunft.

42 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert eine Kinderbetreuung mit breitem
43 Angebot, welche auf die verschiedenen Bedürfnisse und Lebenssituationen der
44 Familien eingeht und von allen BürgerInnen einer Kommune in Anspruch
45 genommen werden kann.

46

47 Der vorschulische Bereich muss dabei allen Kindern zur Verfügung stehen, welche
48 noch nicht die Schule besuchen. Er setzt sich zusammen aus Kinderkrippen, Horten,
49 Kindergärten sowie der Betreuung durch Tagesmütter und -väter.

50 Möglich sein soll eine Betreuung der Kinder von Geburt an. Betreuungsplätze sollen

51 dabei gemessen am Bedarf der Kommune zur Verfügung stehen. Es muss
52 gewährleistet sein, dass jedes Kind, dessen Eltern Anspruch auf einen
53 Betreuungsplatz erheben, diesen auch bekommen kann.

54 Das Angebot soll sich gemessen am Entwicklungsstand der Kinder aus pädagogisch-
55 betreuenden Elementen sowie aus Elementen der frühkindlichen Bildung zusammen
56 setzen, ein besonderes Augenmerk soll hierbei auf der Sprachförderung der Kinder
57 liegen. Es geht darum, die Kinder spielend ans Lernen heranzuführen und sie
58 individuell zu fördern, Interesse zu wecken.

59
60 Sämtliche Betreuungsangebote sollen den BürgerInnen kostenlos zur Verfügung
61 stehen. Die Kommune stellt die Ausbildung von Tageseltern sicher und trägt die
62 Kosten hierfür.

63
64 Es sollen ergänzende Bildungs- und Betreuungsangebote an den Schulen
65 eingerichtet werden. Die verschiedenen Angebote sollen hier vor allem eine Brücke
66 zum Gemeinwesen schlagen und können von Vereinen, kirchlichen Trägerinnen etc.
67 unterhalten werden. Als JugendbegleiterInnen kann zum Einen auf pädagogisch
68 qualifizierte sowie auf Personen ohne pädagogische Vorkenntnisse zurück gegriffen
69 werden, wichtig ist jedoch die Gewährleistung einer ausreichenden Menge an
70 qualifizierten Fachkräften. Bei der Zusammensetzung des Betreuungsangebotes
71 sollen in erster Linie die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen im Vordergrund
72 stehen. So sollen zum Einen Bausteine wie Hausaufgabenbetreuung oder sportliche/
73 musikalische Kurse im Programm enthalten sein, es sollen aber auch Elemente wie
74 die der kreativen Pause, die den SchülerInnen die Möglichkeit zum freien und
75 eigenständigen Zeitvertreib bieten, im Angebot enthalten sein.

76
77 Kinder sollten früh gefördert werden, insbesondere, wenn sie aus schwierigen
78 Familienverhältnissen kommen. Denn in frühen Lebensjahren können Kinder in der
79 Regel soziale Kompetenzen besonders gut entwickeln, die vor einer Neigung zu
80 gewalttätigem Verhalten schützen. Also muss eine entsprechende Erziehung in
81 Form eines Bildungs- und Vereinswesens, das zur Selbstständigkeit ermuntert (wie
82 etwa unser Konzept der Ganztageschule), unterstützt und gefördert werden.

83
84 Von Betrieben in kommunalem Besitz fordert die GRÜNE JUGENDBaden-
85 Württemberg, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine breite sowie kostenlose
86 betriebsangegliederte Kinderbetreuung anzubieten.

87
88 **Alle miteinander: gemeinsame Freizeitgestaltung für Kinder und**
89 **Jugendliche.**

90
91 Kinder brauchen Bewegung, wohnraumnahes Spielen auf der Straße und in den
92 Grünanlagen, neue Spiel- und Aufenthaltsmöglichkeiten. So werden maßgeblich
93 körperliche, emotionale und kognitive Entwicklungspotenziale gefördert und so wird
94 zur Kinderfreundlichkeit einer Kommune beigetragen. Die Kommune der Zukunft
95 bietet die Möglichkeit und die dafür notwendigen Freiräume.

96 Über Jugendhäuser erreicht die Kommune auch benachteiligte und sozial
97 benachteiligte junge Menschen und verhindert so Isolation und Ausgrenzung.
98 Deswegen fordern wir eine angemessene Dichte an für alle zugänglichen
99 Jugendhäusern.

100 Eine große Anzahl verschiedenster Vereine mit vielfältigsten Angeboten sowohl auf
101 sportlicher als auch auf kultureller Ebene sichert ein faires und sportliches
102 Miteinander der Jugendlichen. Die Vereine müssen für alle offen sein und dürfen

103 niemanden ausschließen. Auch müssen die Mitgliedsbeiträge für alle aufzubringen
104 sein. Jedes Kind wie auch Erwachsenen ohne eigenes Einkommen soll dieses
105 mittels Gutscheinen ermöglicht werden und diese dürfen sich dann entscheiden,
106 welchem Verein sie beitreten möchten. Durch die Nachfrage entsteht dann ein
107 vielfältiges Angebot. Außerdem unterhält die Kommune der Zukunft öffentliche
108 Anlagen, die von Vereinen nach Bedarf genutzt werden können.

109 110 **Prävention statt Repression – Jugendgewalt eindämmen**

111
112 Eine frühzeitige und umfassende Präventionsarbeit ist ein entscheidender Faktor,
113 um Jugendgewalt erfolgreich einzudämmen. Im Zentrum wirksamer
114 Vorbeugungsarbeit müssen dabei Konzepte stehen, die auf mehreren Ebenen
115 gleichzeitig ansetzen: die Jugendlichen effektiver bei der Erarbeitung von Lösungen
116 einbinden, die Opfer mehr in den Blick nehmen und stärker auf
117 geschlechtsspezifische Probleme ausgerichtet sind.

118 Die Bekämpfung der Jugendgewalt ist besonders effektiv bei einer frühzeitigen und
119 wirkungsorientierten Prävention bei jungen Menschen.

120 Ansatzpunkte für eine solche wirkungsvolle Prävention von Jugendgewalt bieten
121 etwa Projekte zur Früherkennung und Verhinderung innerfamiliärer Gewalt oder die
122 Einrichtung von Ganztagschulen, die den SchülerInnen auch Nachmittags einen
123 Ort von sozialem Lernklima bieten, und mit viele handwerklichen und
124 bewegungsorientierten Unterrichtsfächern zu einem lebendigen Lernen beitragen.
125 Insbesondere die Risikogruppen müssen also im Dialog mit ihrem Umfeld in
126 wirksame Präventionsmaßnahmen einbezogen werden. Wenn Kinder und
127 Jugendliche in der Entwicklung von sozialen Kompetenzen unterstützt werden,
128 macht sich das in den verschiedensten Lebensbereichen positiv bemerkbar. Dies
129 betrifft nicht nur die Fähigkeit, Konflikte gewaltfrei zu lösen, sondern solche
130 Jugendliche haben meist auch mehr Erfolg in Schule und Beruf und seltener
131 Alkohol- und Drogenprobleme.

132 Nachhaltige, wirkungsorientierte Projekte müssen auf längere Sicht angelegt sein.
133 Kurzfristige Präventionsmaßnahmen oder Einmalaktionen sind in ihrer Wirkung in
134 der Regel begrenzt.

135 Bei der Gewaltprävention muss auch die Seite der Opfer berücksichtigt werden.
136 Wenn jugendliche Opfer spüren, dass sie Hilfe und Solidarität aus ihrem Umfeld
137 bekommen und Gewalt nicht hingenommen wird, lehnen sie selbst auch eher
138 Gewalt als Form der Konfliktlösung ab. So wird einem „Kreislauf der Gewalt“
139 entgegengewirkt, wonach die Gewaltopfer von heute vielfach die GewattäterInnen
140 von morgen werden.

141 Für eine selbstbewusste und aktive Gesellschaft muss Zivilcourage zentral werden.
142 Sie muss gefördert werden. Dies könnte auch durch kommunale Auszeichnungen
143 für diejenigen, die aktiv gegen Gewalt vorgehen, geschehen.

144
145 Bestimmte Vorstellungen davon, was „Männlichkeit“ und „Weiblichkeit“ bedeuten,
146 sollten in der Präventionsarbeit je nach Geschlecht speziell thematisiert werden.
147 Denn vor allem bei männlichen Jugendlichen haben solche Vorstellungen einen
148 Einfluss auf die Gewaltbereitschaft.

149 Es ist sehr wichtig, dass die kommunal und örtlich Verantwortlichen sich selbst
150 aktiv in ein Netzwerk aus Polizei, Eltern, Kindergärten, Schulen, Jugend- und
151 Sozialarbeit und lokalen Vereinen einbringen, denn nur so können wir nachhaltig
152 eine Eindämmung der Jugendgewalt bewirken.

153 Alkoholverbote sehen wir als Grüne Jugend sehr kritisch. In vielen Kommunen wird

154 dabei so nur kaschiert, dass man sich nicht die Mühe macht vernünftige Konzepte
155 zu Aufklärung und Prävention bei Alkoholmissbrauch zu entwickeln und
156 umzusetzen. Statt auf eine restriktive Law&Order-Politik und dem Schwingen der
157 Verbotskeule setzt die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg auf die Stärkung der
158 Mündigkeit der Jugendlichen. Verbotszonen verlagern nach der Philosophie „Aus
159 den Augen - aus dem Sinn“ die Probleme nur von der einen Straße in diejenige
160 außerhalb der Verbotszone oder ins Haus und ändern nichts am Trinkverhalten der
161 gefährdeten Jugendlichen, während sie die mündigen jungen Menschen
162 benachteiligen und bevormunden.

163
164 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg sieht dabei mit wachsender Besorgnis
165 einen oft unreflektierten und bedenklichen Umgang der Jugendlichen mit Alkohol –
166 die zentrale Frage dabei ist aber nicht, wo sie es tun, sondern warum sie es tun
167 und was man dagegen unternehmen kann.

168 169 **Kein Platz für Rechts und Rassismus– Vielfalt und Offenheit leben!**

170
171 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert mehr Aufklärung über
172 rechtsextremes Gedankengut und die Förderung von Zivilcourage und
173 demokratischen Denkens. In der Kommune der Zukunft ist viel Platz für die
174 Menschen unterschiedlichster Herkunft und Religion, es ist jedoch kein Platz für
175 Engstirnigkeit und FeindInnen der Vielfalt. Die Kommunen sollen sich gegen
176 rechtsradikale Demonstrationen wehren. Kommunale PolitikerInnen sollten sich
177 öffentlich dagegen aussprechen und sich an friedlichen Protesten und Aktionen des
178 zivilen Ungehorsams beteiligen . Außerdem sollte der bunte Protest gegen Rechts
179 gestärkt werden und Repressalien seitens der Polizei bei Anti-Nazi-Demos
180 aufhören. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg legt dabei ein besonderes
181 Augenmerk auf die Jugend. Rechtsextreme Organisationen beginnen zunehmend
182 Jugendliche zu ködern und sie mit-ihrem rechten Gedankengut zu infiltrieren. Die
183 Kommune muss deshalb alles daran setzen gerade Jugendliche vor derartigem
184 Missbrauch zu schützen

185 186 **Jugendpartizipation ausbauen und stärken: auf die Mündigkeit von Kindern 187 und Jugendlichen setzen!**

188
189 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg weiß – wie auch viele Studien gezeigt
190 haben – Jugendliche interessieren sich für Politik, sie sind mündige und informierte
191 BürgerInnen. Viel zu oft wird dabei über ihre Köpfe hinweg entschieden und gerade
192 die Politik „vor Ort und vor der Haustür“, also die Politik Jugendlichen unmittelbar
193 betrifft, ist für Jugendliche besonders wichtig.

194
195 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt sich dafür ein, dass
196 Entscheidungsstrukturen für Jugendliche und Kinder auf kommunaler Ebene
197 flächendeckend eingerichtet, ausgebaut und gestärkt werden – dazu gehören
198 Entscheidungskompetenzen und nicht nur eine Beratungsfunktion, aber auch eine
199 entsprechende finanzielle Ausstattung.

200
201 JugendvertreterInnen müssen dabei auch die Möglichkeit in entsprechendem Maße
202 haben, auf die Entscheidungen des Gemeinderates einzuwirken.

203
204 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt dabei auf die Vielfalt der
205 Beteiligungsmodelle, die im Dialog und entsprechend der Bedürfnisse junger

206 Menschen ausgestaltet und angepasst werden sollen.

207

208 Unter dem Stichwort Spieleitplanung wollen wir gemeinsam mit Kindern und
209 Jugendlichen mehr Spielstraßen in den Wohngebieten, besser geplante Spielplätze
210 und Grünzüge, Bolzplätze und Jugendecken erreichen.

211 Um Jugendliche rechtzeitig mit demokratischen Regeln vertraut zu machen setzen
212 wir uns für die Durchführung von JuniorInnenwahlen bei Kommunal-, Landtags und
213 Bundestagswahlen ein.

214

215 **Privatsphäre wahren, Videoüberwachung einschränken**

216

217 In den vergangenen Jahren hat die Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen stark
218 zugenommen. Das liegt zum einen an den immer besseren und vor allem billiger
219 verfügbaren technischen Möglichkeiten, zum anderen nimmt aber auch das
220 subjektive Sicherheitsbedürfnis vieler Menschen kontinuierlich zu.

221

222 Die Ergebnisse der Videoüberwachung sind dagegen sehr unterschiedlich, unterm
223 Strich eignet sie sich aber nur in sehr eingeschränktem Maße zur Bekämpfung von
224 Kriminalität.

225 Da die Personalkosten für eine ununterbrochene Auswertung jeder einzelnen
226 Kamera zu hoch sind wird hier auf Stichproben gesetzt. Nur in Ausnahmefällen kann
227 daher sofort eingegriffen werden, wenn es im Sichtfeld einer Kamera zu Straftaten
228 kommt.

229 Auch ist die Abschreckungswirkung nur sehr eingeschränkt gegeben. Diebstähle
230 und Sachbeschädigungen sind in der Regel geplant und verlagern sich schlicht in
231 Gebiete ohne Kameras. Gewalttaten dagegen geschehen meist im Affekt ohne lange
232 Vorplanung, die TäterInnen machen sich über die Konsequenzen ihrer Tat wenig
233 Gedanken. Hier hilft auch die Abschreckungswirkung einer Videoüberwachung nicht
234 weiter.

235

236 Selbst für die spätere Aufklärung von Straftaten bringen die Aufzeichnungen nicht
237 viel. Die meisten Taten geschehen nachts und in schlecht beleuchteten Gebieten,
238 nach heutigem Stand der Technik liefern die Kameras der Polizei daher häufig nur
239 unscharfe und schemenhafte Bilder.

240

241 In die öffentliche Wahrnehmung kommt die Videoüberwachung aber dennoch häufig
242 mit spektakulären Einzelfällen. Während die Fernsehsender dankbar sind über das
243 Videomaterial erhöhen solche Bilder in der Öffentlichkeit die Angst vor Kriminalität
244 und so auch die allgemeine Akzeptanz von Grundrechtseinschränkungen zur
245 angeblichen Verbesserung der Sicherheit.

246

247 Im Bewusstsein, das Videoüberwachung heute im Regelfall höchstens die
248 Kriminalitätsschwerpunkte verlagert fordern Polizei und konservative PolitikerInnen
249 einen starken Ausbau der überwachten Gebiete und eine umfangreiche technische
250 Aufrüstung der Anlagen.

251 Es sollen immer schärfere Bilder von immer größeren Bereichen der Kommunen
252 erstellt werden, neue Systeme sollen gar in Kombination mit Passbild-Datenbanken
253 sämtliche Personen in überwachten Bereichen vollautomatisch identifizieren,
254 Bewegungsprofile zu ihnen anlegen und diese möglichst lange speichern. So kann
255 dann nachträglich die Bewegung von StraftäterInnen genau nachvollzogen werden.
256 Aber auch das Verhalten jeder Bürgerin und jedes Bürgers wird so für die Polizei
257 exakt einsehbar und mit detailreichen hochauflösenden Bildern versehen.

258 Die Bürgerinnen und Bürger werden außerhalb ihrer Wohnungen unter
259 Generalverdacht gestellt, privates Leben im öffentlichen Raum wird dadurch
260 unmöglich gemacht.
261 Besonders abzulehnen ist Videoüberwachung an Schulen. Durch das tägliche
262 Erleben der Videoüberwachung verlieren die jungen Menschen ihre Sensibilität für
263 die Gefahren des Überwachungsstaates. Es ist außerdem nicht möglich, ihnen
264 glaubwürdig ihre Grundrechte näher zu bringen, wenn diese vor den
265 Klassenzimmertüren mit Füßen getreten werden.

266
267 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert daher ein Ende der Hysterie und
268 Panikmache. Die Videoüberwachung darf nicht zu Lasten der Privatsphäre aller
269 Menschen ausgebaut werden. Stattdessen muss Videoüberwachung an öffentlichen
270 Plätzen abgeschafft werden. Orte mit Kriminalitätsschwerpunkt müssen durch mehr
271 Polizeistreifen gesichert werden. Statt Videoüberwachung müssen wir zur
272 Kriminalitätsbekämpfung auf eine bürgerInnennahe Polizei mit ausreichend Personal
273 und vor allem auf Präventionsprojekte im Rahmen der sozialen Arbeit setzen.

274 275 **Nachhaltig und leistungsstark: der Verkehr in der Kommune der Zukunft** 276

277 Das Rückgrat eines modernen Verkehrssystem ist ein attraktiver und
278 leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr. Das Benutzen des ÖPNV ist nicht
279 nur ökologischer, sondern auch günstiger als die Fahrt mit dem Auto. Allerdings ist
280 der ÖPNV teilweise noch recht unattraktiv, da oft wenige Verbindungen am Tag
281 angeboten werden oder manche Orte gar nicht angebunden sind. Ein wichtiger
282 Schritt zur Stärkung des ÖPNVs ist, dass auch Verbindungen eingerichtet werden,
283 die sich für sich genommen nicht rechnen. Dies sind zum Beispiel Buslinien in
284 kleinere Orte oder außerhalb der Hauptverkehrszeiten. So wird die Attraktivität des
285 Gesamtnetzes erhöht, was wiederum zu beträchtlichen Zuwächsen bei anderen
286 Verbindungen führt.

287 Ein wichtiger Baustein ist dabei auch die Vernetzung der Nah- und Fernverkehre.
288 Der Wechsel des Verkehrsmittels darf nicht abschreckend sein, sondern muss durch
289 Vertaktung, Barrierefreiheit und Telematik so einfach wie möglich gemacht werden.
290 Baden-Württemberg ist derzeit aufgeteilt in etwa 20 Verkehrsverbünde.

291 Problematisch ist das für die Menschen, die größere Strecken mit dem ÖPNV
292 zurücklegen möchten, da die Verkehrsverbünde oft nicht miteinander kompatibel
293 sind. So müssen häufig für eine Strecke mehrere Fahrscheine gekauft werden. Eine
294 Lösung liegt hier in stärkerer Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde, womöglich
295 sogar deren Zusammenlegung. Wir fordern die freie Benutzung des Öffentlichen
296 Personennahverkehrs für Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre.

297 Der heutige innerstädtische Verkehr ist vor allem durch den Automobilverkehr
298 geprägt. Aber gerade auf kurzen Strecken ist das Fahrrad nicht nur die
299 umweltfreundlichere, sondern auch die schnellere Alternative. Voraussetzung
300 hierfür sind durchgehende und ausgeschilderte Rad- und Fußwegenetz, das wo
301 möglich getrennt vom motorisierten Verkehr geführt wird.

302 Motorisierter Verkehr hat viele schädliche Auswirkungen, unter anderem
303 Schadstoffemissionen, Lärm und Unfallgefahr. Besonders problematisch sind diese
304 in Wohngebieten und im Bereich von Schulen und Kindergärten. Daher fordert die
305 GRÜNE JUGEND in genannten Bereichen eine generelle Höchstgeschwindigkeit von
306 30 km/h, wo möglich aber verkehrsberuhigte Bereiche zu schaffen. Ein
307 leistungsfähiges Park&Ride-Netz soll zusätzlich helfen, Ortskerne und Innenstädte
308 zu entlasten. Um die Vision von ökologischer Mobilität erfahrbar zu machen fordern
309 wir regelmäßige „autofreie“ Sonntage, an denen der Stadt- bzw. Ortsbereich für

310 den motorisierten Individualverkehr gesperrt wird und der ÖPNV kostenfrei und
311 deutlich aufgestockt ist.

312 Die Umsetzung der Umgebungslärmrichtlinie der EU steht in den kommenden
313 Jahren an. Dabei müssen die städtischen Verkehrskonzepte von Grund auf
314 überdacht werden, wenn die Grenzwerte eingehalten werden sollen. Der Verzicht
315 auf das Auto muss so attraktiv wie möglich gemacht werden.

316

317 **Zukunftsweisende Stadtplanung und Flächennutzung für Jung und Alt:** 318 **Stadt der kurzen Wege verwirklichen, Flächenverbrauch stoppen!**

319

320 Städte dürfen nicht wachsen, indem sie sich flächenmäßig immer weiter ausdehnen,
321 damit Fläche zerschneiden, versiegeln, zu mehr unnötigem Verkehr beitragen,
322 Lebensraum von Pflanzen und Tieren zerstören – Städte sollten wachsen, indem sie
323 sich zu attraktivem Lebensraum entwickeln, der allen Menschen zugute kommt.

324

325 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt sich für eine stärkere
326 Berücksichtigung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“ in der Stadtplanung ein,
327 das die soziale und funktionale Heterogenität der Stadtteile zum Ziel hat. Der
328 Grundgedanke dabei ist, dass sich vieles vom Laden, Büro, Cafes, Wohnungen,
329 kulturellen Einrichtungen, Sportstätten über Arztpraxen, Apotheken und
330 Beratungsstellen in räumlicher Nähe und leichter Erreichbarkeit zueinander befindet
331 und lebendige, bunt gemischte Stadtquartiere entstehen.

332

333 Die „Stadt der kurzen Wege“ ist klima- und umweltfreundlich und trägt außerdem
334 dazu bei, Segregation und die Bildung von Problemvierteln zu vermeiden, und wirkt
335 damit integrativ und lässt auch gerade Kinder und Jugendliche nicht in schwierigen,
336 trostlosen Stadtteilen aufwachsen. Sie lässt ein „Wir-Gefühl“ entstehen, wirkt der
337 Isolation der Großstädte entgegen und fördert bürgerInnenschaftliches
338 Engagement. Die „Stadt der kurzen Wege“ hat Vorteile für alle Generationen: von
339 leichter Erreichbarkeit profitieren ältere und jüngere Menschen, von attraktiven
340 Plätzen und Straßen, wo nicht der Verkehr, sondern der Mensch Vorfahrt hat, haben
341 Kinder und Jugendliche einen Vorteil. So treffen alle möglichen Menschen
342 unterschiedlichster Gruppen und Alters zusammen – das trägt zu Verständnis und
343 Toleranz untereinander bei.

344

345 Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg fordert auch ein stärkeres und
346 effizienteres Vorgehen gegen den Flächenverbrauch, dessen stetiges Anwachsen ein
347 erschreckendes Ausmaß erreicht hat und wichtige Naturflächen verdrängt,
348 versiegelt und zerschneidet und Lebensräume von Tieren und Pflanzen zerstört –
349 so geht auch attraktiver Erholungsraum für Jung und Alt unwiederbringlich verloren.
350 Stattdessen sollen nach Meinung der GRÜNEN JUGEND Baden-Württemberg
351 vielmehr innerstädtische Brachflächen genutzt werden, auch das ist ein Bestandteil
352 des Konzeptes der „Stadt der kurzen Wege“.

353

354 **Kommune der Zukunft ist auch Kommune der Erneuerbaren!**

355

356 Die Energieversorgung ist Entscheidend für die Zukunftsaussichten der Kommunen
357 und ihrer BürgerInnen. Die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg setzt dabei auf
358 Erneuerbare Energien, weil nur diese Umweltschutz und Versorgungssicherheit
359 garantieren und darüber hinaus auch auf längere Sicht zu vertretbaren Preisen
360 bereit gestellt werden können.

361

362 Eine gesicherte Versorgung mit Energie ist für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts
363 grundlegend. Sie erfordert vielfältige Lösungen, die den Bedingungen der jeweiligen
364 Kommunen gerecht werden. Folgerichtig müssen die Kommunen nach wie vor die
365 Entscheidungshoheit über die Netzinfrastruktur behalten, an der kommunalen
366 Konzessionsvergabe darf nicht gerüttelt werden. Die Energieversorgung der Zukunft
367 ist dezentral – Großkonzerne, die mit ihrer Monopolpolitik Innovationen behindern,
368 haben darin keinen Platz!

369
370 Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Energie inzwischen so teuer, dass ihr
371 Einkommen für einen ausreichenden Bezug nicht ausreicht. Dies muss sich ändern!
372 Um den Zugang zur Energie zu sichern, ohne die Verschwendung zu
373 subventionieren, fordert die GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg die Einführung
374 neuer Tarife, die die Bereitstellung einer Mindestmenge (ausreichend für
375 Grundbedürfnisse bei sparsamen Einsatz) zu einem deutlich günstigeren Preis
376 bieten. Um den BürgerInnen eine sparsame, effiziente, ressourcenschonende und
377 emissionsarme Nutzung von Energie nahe zu bringen, sollen die Kommunen
378 Energieberatungsstellen einrichten.

379
380 Vielerorts wird das als Müll wahrgenommen, was in Wirklichkeit eine wichtige
381 Ressource darstellt – die Biomasse in Form von Grünschnitt, Häckselgut und
382 Bioabfällen kann und muss zur Energiegewinnung genutzt werden. Zum
383 verantwortungsvollen Umgang mit Energie gehört auch die Nutzung aller
384 erneuerbaren Ressourcen!

385 386 **Klima schützen: Null-Energie-Stadt und Null-Energie-Dorf**

387
388 Das Null-Energie-Haus ist längst Realität. Der nächste Schritt ist die „Null-Energie-
389 Stadt“. Eine Null-Energie-Stadt verfügt über Wohngebäude, die nach Passivhaus-
390 Dämmstandard gebaut sind. Deren Industrieanlagen sind an ein Wärmenetz
391 angeschlossen und speisen ihre Abwärme dorthin ein, die genutzt wird, um die
392 Restwärme für Wohngebäude sowie die Heizung und Kühlung bei öffentlichen
393 Gebäuden und temperatursensiblen Einrichtung zu gewährleisten.

394
395 Gerade auch im ländlichen Bereich können Nahwärmenetze aufgebaut werden.
396 Neben der ebenso wie in der Stadt notwendigen Hausdämmung kann hier, beim
397 Null-Energie-Dorf, die Wärme aus unterschiedlichen Quellen zugeführt werden. Die
398 Basis stellt hierbei die Nutzung von Solar- und Geothermie dar. Auf Grund der
399 begrenzten Fläche kann die Biomasse nur Bedarfsspitzen abdecken. Die
400 Biomassenutzung muss sich dabei auf vor Ort angebaute bzw. anfallende Biomasse
401 beschränken.

402 403 **Den BürgerInnen verpflichtet: die kommunalen Unternehmen**

404
405 Kommunale Betriebe spielen eine wichtige Rolle in der Kommune der Zukunft. Sie
406 stellen die notwendige Infrastruktur bereit und stellen eine Versorgung der
407 BürgerInnen mit Wasser und Strom sowie die Abfallverwertung und
408 Abwasserbehandlung sicher. Sie bieten ferner bezahlbaren Wohnraum in größeren
409 Städten und Gemeinden.

410
411 Die kommunalen Betriebe müssen dabei transparent wirtschaften. Die BürgerInnen
412 müssen sowohl als Kundinnen und Kunden als auch als BesitzerInnen dieser
413 Unternehmen umfassende Einsichts- und Kontrollrechte haben.

414

415 Im Bereich der Energieversorgung müssen die kommunalen VersorgerInnen ganz
416 klar auf Erneuerbare Energien setzen. So wird die Versorgung langfristig
417 sichergestellt.

418

419

420 **Die Kommune der Zukunft ist eine Vision der GRÜNEN JUGEND Baden-**
421 **Württemberg. Hilf mit, sie Realität werden zu lassen!**